

*In den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 versuchten die Nationalsozialisten, alles Leben auszulöschen, das ihrer Auffassung nach weniger wert war als ihr eigenes. Wegen dieses Rassenwahns wurden in Europa mehrere Millionen Menschen ermordet. Die Aufarbeitung dieses Traumas ist bis heute nicht abgeschlossen. An vielen Orten Europas gibt es Stätten, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Überlebende des Mordens und ihre Angehörigen kämpfen gegen das Vergessen. Sie veröffentlichen ihre Erinnerungen, halten Vorträge und klären jüngere Generationen über die Verbrechen der NS-Zeit auf. Der Holocaust – Haben wir damit nichts mehr zu tun?*

-----

Antisemitismus war ein fester Bestandteil des Wahlprogrammes der NSDAP. Schon im Jahr 1920 forderte dieses Programm, jüdischen Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass direkt mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahr 1933 Gesetze auf den Weg gebracht wurden, die keinen anderen Zweck hatten als die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung. Insgesamt wurden in der Zeit des Nationalsozialismus rund 2000 antijüdische Gesetze und Verordnungen erlassen. Ab 1933 wurden jüdische Ärzte, Anwälte und Apotheker sukzessive aus ihren Berufen gedrängt, von Berufsverbänden ausgeschlossen und erhielten schließlich ein Berufsverbot. Ab April 1933 wurde auch immer wieder zum Boykott von Geschäften aufgerufen, die jüdischen Menschen gehörten. Im gleichen Monat wurde das sogenannte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, mit dem jüdische Beamte mit sofortiger Wirkung aus dem Staatsdienst entlassen wurden.

Am 15. September 1935 wurde das Reichsbürgergesetz erlassen. In dem Gesetz wurde eine Unterscheidung vorgenommen zwischen sogenannten „Reichsbürgern“ – definiert als „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ – und sogenannten „einfachen Staatsangehörigen“ – definiert als „Angehörige rassefremden Volkstums“. Damit schuf die NS-Diktatur eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die Reichsbürger volle Rechte und die einfachen Staatsangehörigen stark eingeschränkte Rechte hatten. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden sogenannte „Verordnungen zum Reichsbürgergesetz“ erlassen. In diesen wurden die Rechte der jüdischen Bevölkerung weiter eingegrenzt. Ebenso wurde genau definiert, wer laut Gesetz als „Jude“ oder als „Mischling“ gelten sollte (siehe M 3.5). Eng damit verbunden war das sogenannte „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. In diesem Gesetz wurden Eheschließungen zwischen „Juden“ und „Deutschblütigen“ verboten. Außerdem wurde der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen beiden als „Rasseverrat“ definiert und unter Strafe gestellt. Um jüdische Menschen sofort zu erkennen, wurde im August 1938 die Namensänderungsverordnung erlassen. Männliche Juden mussten nun den Namen Israel zusätzlich mit annehmen, weibliche Juden den Namen Sara. Ab 1941 wurde die jüdische Bevölkerung dazu gezwungen, die gelben, sogenannten „Judensterne“ auf ihrer Kleidung anzubringen.

Im November 1938 wurde festgelegt, dass jüdische Menschen ab dem 1. Januar 1939 kein Einzelhandelsgeschäft und keinen Handwerksbetrieb mehr leiten dürften. Im Dezember 1938 wurde beschlossen, dass jüdische Menschen ihre Immobilien verkaufen müssen und nicht mehr frei über ihre eigenen Ersparnisse verfügen durften. All diese Gesetze und Verordnungen wurden aufgrund von Wahnvorstellungen erlassen, die auch heute noch in rechtsextremen Kreisen weit verbreitet sind. Sie trugen dazu bei, dass die jüdische Bevölkerung immer mehr Rechte verlor. Ebenso konnten die Nationalsozialisten so ihren Unterstützern Geld und Wirtschaftskraft zukommen lassen. Die antisemitischen Gesetze bereiten die Massenermordungen vor, die sollten nicht mehr lange auf sich warten lassen.